



Vertraulich

P.B. Nr. 2 / K

Kiew, den 24. Februar 1993

Schwierige Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland

Je mehr in der Ukraine die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmen, desto mehr scheint sich unter den Politikern ein Konsens anzubahnen, wonach der Wirtschaft vor allen anderen politischen Fragen Priorität eingeräumt werden sollte. Das hat zur Folge, dass auch wieder die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine von Russland und der daraus sich ergebende Widerspruch zur bisher sehr einseitig nationalistischen Politik von Präsident Krawtschuk in den Vordergrund rückt. Es ist in der Tat nicht einfach, auf der einen Seite den ukrainischen Nationalismus zu predigen und auf der anderen sich eingestehen zu müssen, dass es ohne die traditionell enge Zusammenarbeit mit Russland (vordringlich auf dem Energiesektor, aber auch auf vielen anderen Gebieten) für die Ukraine keine wirtschaftliche Zukunft gibt.

In Moskau ist man sich dieser Zwangslage bewusst, und man zögert nicht, sie auszunützen. Mitte Februar erklärte der russische Vize-Premierminister Victor Schokin, die Ukraine werde nur dann verbilligte Energie aus Russland beziehen können, wenn sie den Russen gegenüber Konzessionen in der umstrittenen Frage der Schwarzmeerflotte mache, Russland die Etablierung militärischer Basen auf ukrainischem Territorium gestatte und russische Erdöl- und Erdgasexporte durch ukrainische Pipelines zulasse. Um den Ukrainern zu signalisieren, dass es Russland mit seinen Forderungen ernst nimmt, erhöhten die Russen den Preis ihres Erdgases auf Weltmarktniveau und liessen durch den russischen Premierminister verlauten, die Ukraine werde dieses Jahr nur 15 Millionen Tonnen Erdöl erhalten, d.h. etwa einen Drittel dessen, was das Land benötigt.

In der Ukraine versteht man die russischen Massnahmen wohl zu Recht als politischen Druckversuch. Um in diesem Spiel nicht das Gesicht zu verlieren, schickt Krawtschuk seinen neuen Premierminister Leonid Kutschma in die Schlacht, der zuerst einmal richtigstellen musste, Russland müsse begreifen, dass eine Rückkehr zur früheren Sowjetunion "weder technisch noch politisch" möglich sei. Damit ist jedoch das letzte Wort im russisch-ukrainischen Kräfte messen noch lange nicht gesagt. Wenn Kutschma, dem grosse Erfahrung in wirtschaftlichen Angelegenheiten nachgesagt wird, der ukrainischen Wirtschaft das Schlimmste ersparen will, wird er wohl oder übel eine Verhandlungsposition finden müssen, die irgendwo zwischen dem Nationalismus Krawtschuks und den russischen Forderungen angesiedelt ist.



- 2 -

Dabei wird die ukrainische Führung einsehen müssen, dass Russland, solange die ukrainische Wirtschaft ihre Krise nicht überwunden hat, am längeren Hebelarm sitzt. Um das Mass voll zu machen, melden sich mehr und mehr besorgte Stimmen, die darauf hinweisen, dass die Ukrainer nicht fähig seien, allein schon den fachgerechten Unterhalt der Nuklearwaffen zu garantieren, die sich auf ihrem Territorium befinden. Nur die russischen Fabriken, welche diese Waffen herstellten, sind dazu offenbar imstande. Auf diesem Gebiet wird bereits die Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe an die Wand gemalt, während die ukrainische Armeeführung darauf hinweist, hier handle es sich um einen weiteren Druckversuch der Russen, welche auf diese Weise versuchten, die ukrainische Armeeführung zu diskreditieren. Sicher ist, dass sowohl der Lieferant, wie auch das "Gastland" dieser Nuklearwaffen eine Verantwortung wahrzunehmen haben ("responsible nuclear behaviour"), an welcher ein weltweites Interesse besteht. Solange es zwischen Moskau und Kiew keine Einigung über diese Waffen gibt, insbesondere auch solange die Ukraine die Ratifikation der START- und NTP-Abkommen hinauszögert, wird dieses Problem auf der Agenda bleiben.

Als Zankapfel bleibt schliesslich auch die Auseinandersetzung um die Aktiven und Passiven der früheren Sowjetunion im Ausland pendent. Russland hat sich trotz laufender Verhandlung unilateral für die sogenannte Nulllösung ausgesprochen (Uebernahme aller sowjetischer Guthaben und Schulden durch Russland), während die Ukraine dafür eintritt, dass ihr Anteil genau berechnet werde. Die Nulllösung wird im übrigen auch von den Gläubigerstaaten der "Altschuld" befürwortet.

Alles in allem gibt es somit genügend Gründe, um sobald als möglich die ukrainisch-russischen Beziehungen auf eine vernünftige Verhandlungsbasis zu stellen. Je eher dies geschieht, desto besser.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



A. Kamer